# Bernisches Polizeirecht

Rechtsanwaltsausbildung FS 2024

Prof. Markus Müller

# Gliederung Polizeigesetz

1. Gegenstand und Geltungsbereich
2. Grundsätze der polizeilichen Aufgabenerfüllung
3. Aufgaben und Zuständigkeiten
4. Zusammenarbeit zwischen der Kantonspolizei und den Gemeinden
5. Zusammenarbeit zwischen der Kantonspolizei und anderen Behörden sowie Privaten
6. Vollzugshilfe
7. Polizeiliche Massnahmen und polizeilicher Zwang
8. Verrechnung polizeilicher Leistungen
9. Datenschutz und Datenbearbeitung
10. Organisations- und Personalrecht der Kantonspolizei
11. Haftung

# Inhalt der Vorlesung

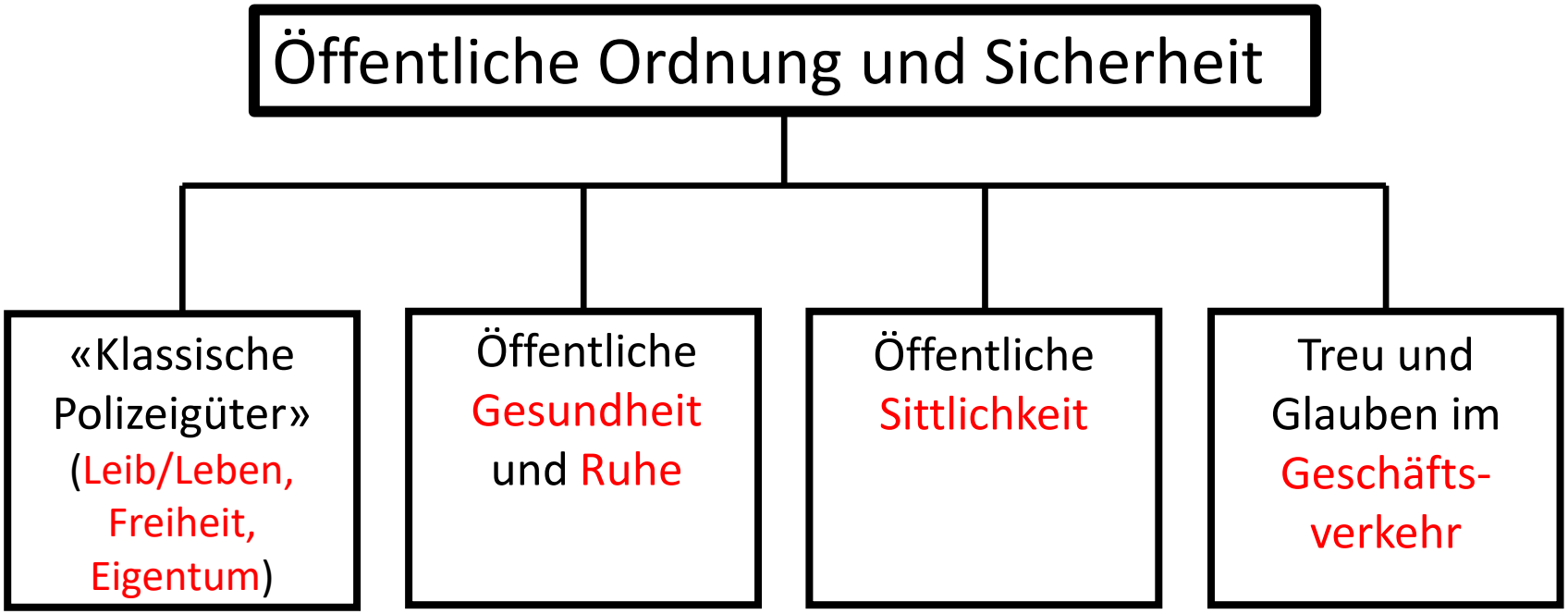
1. Übersicht
2. Polizeiliche Aufgaben
3. Rechtsschutz
4. Grundsätze polizeilichen Handelns
5. Polizeiliche Massnahmen
6. Bearbeiten von Personendaten
7. Haftung

# Polizeibegriff(e)

- Funktioneller Begriff
- Organisatorischer Begriff (~Polizei)
  - Verselbständigte Organisation
  - Ausübung des Gewaltmonopols
  - Uniformierung

- Aufgabenspezifischer Begriff

# Aufgaben der Polizei [Art. 8 ff. PolG]



# Polizeigesetz (PolG)

vom 10. Februar 2019

---

## Art. 54 Grundsatz

[1] Bei Veranstaltungen, bei denen Gewalt an Personen oder Sachen verübt worden ist, können die Gemeinden der Veranstalterin oder dem Veranstalter und der an der Gewaltausübung beteiligten Person zusätzlich zum Kostenersatz gemäss Artikel 51 und 52 die Kosten des Polizeieinsatzes ab Beginn der Gewaltausübung in Rechnung stellen.

## Art. 55 Voraussetzungen

[1] Die Veranstalterin oder der Veranstalter wird nur kostenpflichtig, wenn sie oder er nicht über die erforderliche Bewilligung verfügt oder Bewilligungsauflagen vorsätzlich oder grobfahrlässig nicht eingehalten hat.

[2] Die an der Veranstaltung teilnehmende Person, die sich auf behördliche Aufforderung hin entfernt, wird nicht kostenpflichtig, wenn sie weder selbst Gewalt angewendet noch zur Gewaltanwendung aufgefordert hat.

# Polizeiliches Handeln und Rechtsschutz

# Polizeiliches Handeln und Rechtsschutz

## KaPo

**Verfügung** → **SID**

Art. 60 Abs. 1 Bst. a VRPG
Art. 62 Abs. 1 Bst. a VRPG

**Realakt** → **FV** → **SID**

## Gemeinde

**Verfügung** → **RSth**

Art. 60 Abs. 1 Bst. a VRPG
Art. 63 Abs. 1 Bst. a VRPG

**Realakt** → **RSth**

Art. 60 Abs. 1 Bst. b Ziff. 3 VRPG
Art. 63 Abs. 1 Bst. b VRPG

# Grundsätze polizeilichen Handelns

(1) Gesetzmässigkeit (Art. 3 PolG)

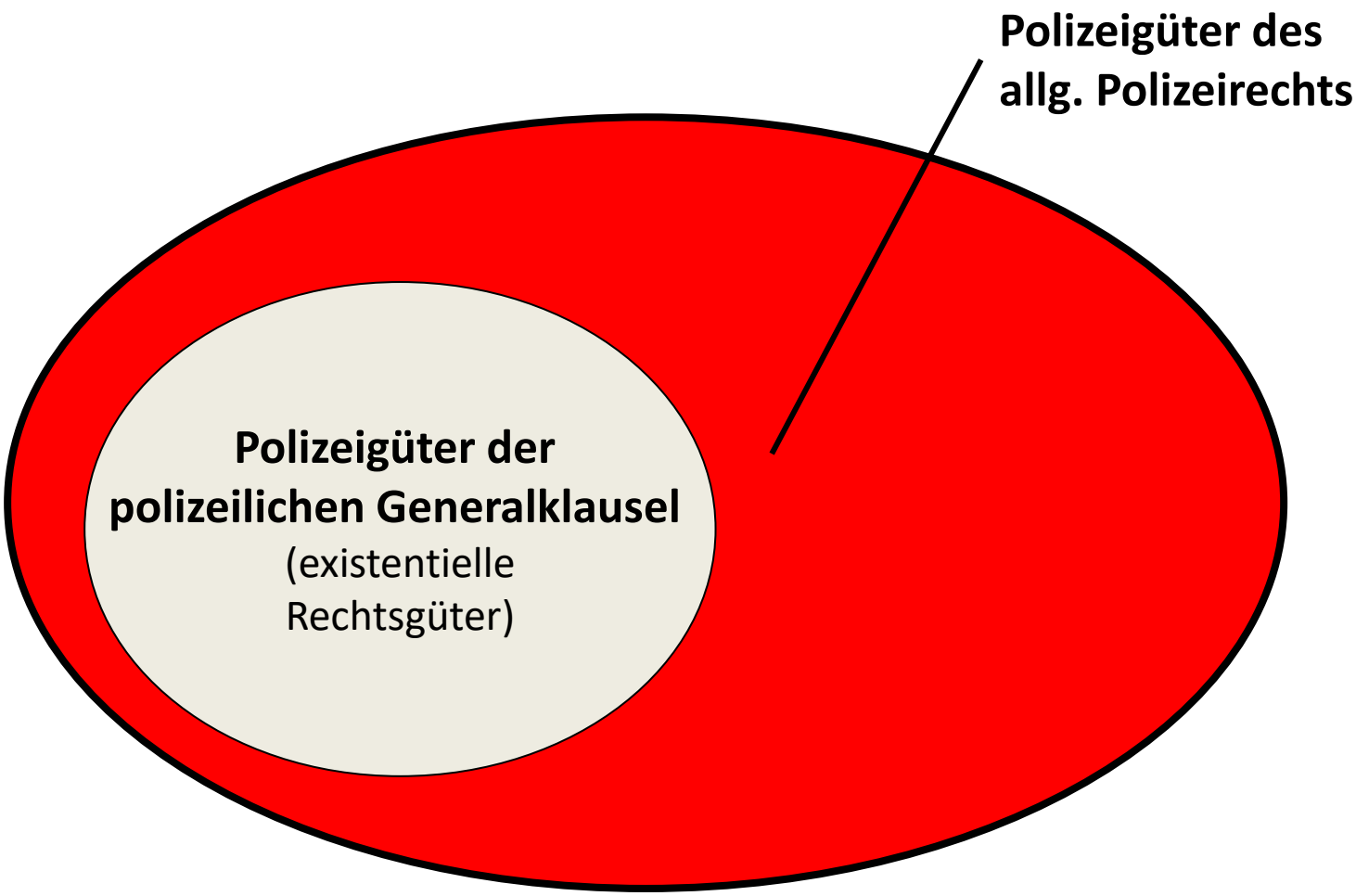
- Offene Normen > BGE 136 I 87 E. 3.1
- Ausnahme: Polizeiliche Generalklausel (Art. 4 PolG)

(2) Öffentliches Interesse

- Polizeigüter: „öffentliche Sicherheit und Ordnung"

(3) Verhältnismässigkeit (Art. 5 PolG)

- Störerprinzip (Art. 6 f. PolG)
- Opportunitätsprinzip


Polizeigüter des
allg. Polizeirechts
Polizeigüter der
polizeilichen Generalklausel
(existentielle
Rechtsgüter)

# Polizeiliche Generalklausel

## Anwendungsvoraussetzungen

[Neue Praxis: BGE 137 II 431]

1. Fundamentale Rechtsgüter (existenzielle Güter)
2. Schwere Gefahr (erhebliche Beeinträchtigung droht)
3. Zeitliche Dringlichkeit (rasches Handeln ist gefordert)
4. Subsidiarität (keine gesetzlichen Massnahmen)
5. Zuständigkeit (grundsätzlich *jede* zuständige Behörde)
6. Verhältnismässigkeit (Maxime jeden staatlichen Handelns)

# Verhältnismässigkeit

*2 Prüfschritte*

1. Verhältnis(se) ermitteln
   - Prozedurale Dimension
   - Einzelfallbezogen
   - Objektiv

2. Mässigkeit beurteilen
   - Materielle Dimension
   - Prognostisch-interdisziplinär
   - Subjektiv

# Verhältnismässigkeit

*= massvoll in Bezug auf die konkreten Verhältnisse*

## Eignung

= Schritt in die richtige Richtung

## Erforderlichkeit

= Keine mildere, gleich wirksame Alternative

## Zumutbarkeit

= Vernünftige Zweck-Mittel-Relation

# Verhältnismässigkeit

## *Gefahr: Rückschaufehler*

Fehlen

→ eines objektiven, wissenschaftlich erhärteten Beurteilungsmassstabs

Tendenz

→ die Vorhersehbarkeit eines Ereignisses retrospektiv (ex post) zu überschätzen

Gefahr

→ allzu schnell eine vermeidbare prognostische Fehleinschätzung anzunehmen

# **Störerprinzip** (Art. 6 PolG)

**Verhaltensstörer («eigenes Verhalten»)**

= verhält sich selber polizeiwidrig oder trägt die unmittelbare Verantwortung für polizeiwidriges Verhalten Dritter

**Zustandsstörer («eigene Sache»)**

= hat die Herrschaft inne über eine Sache, von der eine polizeiwidrige Störung ausgeht

**Zweckveranlasser («Dritte»)**

= veranlasst oder verleitet Dritte zu einem polizeiwidrigen Verhalten